

(Beschluss BuVo09_084 Steuerpolitik 29.04.2011)

Verlässliche und gerechte Steuerpolitik für die Mitte der Gesellschaft

Die Mitte der Gesellschaft – also jene Menschen in unserem Land, die zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder großziehen und sich an die Regeln halten, stehen im Mittelpunkt unserer Politik.

Im Koalitionsvertrag der bürgerlichen Bundesregierung sind zahlreiche Entlastungsgesetze und Initiativen zur Entbürokratisierung festgeschrieben.

Diese wichtigen und richtigen Maßnahmen müssen jetzt unverzüglich umgesetzt werden.

Dabei geht es der Mitte der Gesellschaft weniger um Steuergeschenke, denn die Situation der öffentlichen Haushalte sowie die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung und zum Maßhalten treffen gerade hier auf Verständnis. Aber die Leistungsträger unseres Landes verlangen zu Recht mehr Verlässlichkeit und Beständigkeit von der Politik sowie mit Blick auf die Steuerpolitik mehr Steuergerechtigkeit und ein einfacheres Steuersystem.

Neben der Ergänzung und Ausdehnung des jetzt im parlamentarischen Verfahren befindlichen „Steuervereinfachungsgesetzes“ stehen seit Jahren zwei Hauptprobleme im Fokus: die ‚kalte Progression‘ und der ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘.

- Die ‚kalte Progression‘, sorgt dafür, dass die verfügbaren finanziellen Mittel eines Arbeitnehmers für den Konsum jedes Jahr kleiner werden. Denn das Steuersystem berücksichtigt nicht die Inflation, wodurch mit jeder nominalen Erhöhung des Bruttolohns auch die Einkommensteuer sowie der Soli-Zuschlag und die Kirchensteuer steigen, und zwar stärker als das Einkommen selbst.
- Der ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘, treibt gerade für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen die Steuerlast nach oben, wodurch ihnen von einer Lohnerhöhung nur ein geringer Anteil bleibt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der linearprogressive Tarif derzeit nicht gleichmäßig vom unteren bis zum oberen Steuersatz ansteigt, sondern bis zum Tarifknick steil nach oben geht. Erst nach dem Tarifknick verläuft er wesentlich flacher.

Die MIT verlangt eine verlässliche und gerechte Steuerpolitik zu Gunsten der Mitte der Gesellschaft und fordert die Bundesregierung auf, die Beseitigung der steuerpolitischen Fehlsteuerungen durch die ‚kalte Progression‘ und den ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘ in den Fokus der Politik zu stellen.

Der „Tarifknick“ muss völlig abgeschafft und der Steuertarif alle 2 Jahre an die Inflationsrate angepasst werden. Die leichte Anhebung der Einkommensgrenzen für die Jahre 2009 und 2010 im Konjunkturpaket II war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hieran muss konsequent angeknüpft werden. Nach Schätzungen würde eine völlige Beseitigung der ‚kalten Progression‘ jährlich ca. 2,5 Mrd. Euro und die Beseitigung des ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauches‘ 24 Mrd. Euro kosten. Zusätzlich muss der Grundfreibetrag an das Existenzminimum angepasst werden.

Gegenfinanzierung:

Eine konsequente Überprüfung der Staatsausgaben und eine lineare Kürzung aller Subventionen um jährlich 10 Prozent sollen zur Gegenfinanzierung beitragen. In die Rechnung der Gegenfinanzierung muss zudem die Wachstumswirkung einbezogen werden. Mit der Abschaffung der ‚kalten Progression‘ und des ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauches‘ würde die Kaufkraft der Bürger und somit gleichzeitig die Einnahmen des Staates gesteigert werden. Allein die Abschaffung der ‚kalten Progression‘ würde zu einer Kaufkraftsteigerung von schätzungsweise 1,7 Mrd. Euro führen.